

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen




Pressespiegel

09.10.2023

Inhalt

EWN

1 LNG: Kritiker und Befürworter treffen in Sassnitz aufeinander <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 07.10.2023</i>	3
2 Gaslieferung über Nord Stream 2? „Putin spielt sein Spiel“ <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 09.10.2023</i>	5
3 „Wir haben es mit langen Zeiträumen zu tun“ <i>Norddeutsche Rundschau, 07.10.2023</i>	6
4 Atomkraft wieder „in“: USA bauen Mini-AKW für Klimaneutralität – doch es gibt Probleme <i>Merkur.de (Münchener Merkur), 06.10.2023</i>	8

 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 07.10.2023 | S. 10

 Auflage: 8.966 | Reichweite: 24.426

 Mathias Otto

DEBATTE UM LNG IN MUKRAN

LNG: Kritiker und Befürworter treffen in Sassnitz aufeinander

Vertreter aus Politik sowie von Gascade und Regas haben über den aktuellen Stand der Planung zum neuen Terminal für Flüssigerdgas informiert

Das Thema LNG brodelt weiter auf der Insel Rügen. Geplant ist, ein Terminal für Flüssigerdgas in Mukran zu errichten. Für die Einwohner der Stadt Sassnitz war es am Donnerstagabend, 5. Oktober, eine der wenigen Gelegenheiten in diesem Jahr, mit den Entscheidungsträgern in den Dialog zu treten. Sie konnten ihre Sorgen und Nöte auf einer extra dafür anberaumten Einwohnerversammlung vortragen. Ein offener Dialog: Das ist das, was sich die Rügäner von Anfang an erhofft hatten. Kritik gab es unter anderem dafür, dass nur Befürworter des Projekts auf dem Podium saßen.

„Die wollen mit uns reden, lassen für diese Versammlung aber nur Einwohner der Stadt Sassnitz zu. Das Thema geht alle Menschen auf der Insel etwas an. Das zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Jahr. Es gab und gibt viele Fehlinformationen, Politiker, die nicht reden wollen und uns Rügäner unaufgeklärt lassen“, sagte Manfred Rosenthal aus Binz. Die Situation entschärfte sich jedoch schnell. Spontan wurde entschieden, Menschen zur Veranstaltung zuzulassen, die nicht aus Sassnitz kommen.

Gekommen war auch Maik Peltzer aus Sellin, der seinen Unmut äußerte und das Thema LNG auf Rügen von Anfang an begleitet. „Ich lehne es grundsätzlich ab, es ist ein Eingriff in die Natur, den wir hier nicht einfach so hinnehmen können. Wir befinden uns in einem Natura-2000-Gebiet, es ist demnach ein besonderes Schutzgebiet. Dass man hier so eine Pipeline baut, ist für uns nicht nachvollziehbar. Zumal die Sinnhaftigkeit dieser Industrieanlage ganz offen nicht nur angezweifelt wird von den Wirtschaftsexperten, sondern sie wird offenbar auch in Abrede gestellt“, sagte der Mann.

Rede und Antwort standen neben Bürgermeister Leon Kräusche (parteilos) der Staatsminister und Ostbeauftragte Carsten Schneider, Reinhard Meyer, der Wirtschaftsminister von MV, und Heiko Miraß (alle drei SPD), der Staatssekretär für Vorpommern und das öst-

liche Mecklenburg. Zudem waren die beiden Unternehmen Gascade und Regas mit Ulrich Benterbusch und Prof. Dr. Stephan Knabe vertreten.

Sie mussten vor allem die Frage nach dem derzeitigen Bedarf beantworten. Einige Bürger bezogen sich auf die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Demnach habe es im zurückliegenden Winter keine Gasmangellage gegeben, und auch für den kommenden Winter sei eine solche nicht absehbar. Es lägen absehbar auch keine Netzengpässe vor. Vom aktuellen Geschehen und von einer Mangellage berichtete Ulrich Benterbusch von Gascade. Er sagte, dass derzeit Gespräche mit Netzbetreibern aus Tschechien geführt würden, Gas dort gebraucht werde. „Es wird hindernd auf den Transportvertrag von Mukran nach Brandov in Tschechien gewartet.“ Sie wollen die Sicherheit, dass auch Gas über diese Leitung in ihr Land kommt.

Viel Wind schlug an diesem Abend dem Sassnitzer Bürgermeister entgegen, der bereits vor rund zehn Jahren das Projekt für ein Terminal der Stadtvertretung vorgestellt hatte und kein genereller LNG-Gegner ist. Er musste unter anderem Fragen zum Bürgerbegehren beantworten. Bei der Fragestellung geht es diesmal darum, dass Sassnitz als Hauptgesellschafterin der Fährhafengesellschaft ihren Einfluss geltend macht und alle Schritte, die zum Bau des Terminals führen könnten, untersagt.

„Wir prüfen zurzeit dieses Bürgerbegehren. Durch die Komplexität müssen wir uns natürlich auch rechtlich absichern. Sobald das Ergebnis vorliegt, wird ein Beschluss erarbeitet, der dann zur Rechtsaufsicht geht“, sagte Leon Kräusche. Stadtvertreter entscheiden dann, ob es ein Bürgerbegehren geben soll oder nicht. Leon Kräusche möchte demnach einer Bewertung des Bürgerbegehrens nicht vorgreifen und äußerte sich nicht dazu.

Wie die Landesregierung zu diesem Projekt steht, beantwortete der Wirtschaftsminister. „Wir haben das Projekt immer sehr kritisch gesehen. Wir haben aber auch gesagt, dass wir uns nicht verweigern, wenn es um die Energieversorgungssicherheit in Deutschland geht“, sagte Reinhard Meyer. Die Entscheidung liege eh nicht beim Land. „Letztendlich muss der Bund bestimmen: Brauchen wir dieses LNG-Terminal oder nicht?“ Man müsse aber definitiv einen Blick über LNG hinaus wagen, wie er sagte. Man müsse über die Zukunft der Energieversorgung reden. „Dabei geht es um Themen wie Wasserstoff, Ammoniak oder um Offshore-Windenergie. Und da ist Mukran natürlich ein guter Standort.“

Kommt das Terminal, werden zwei Regasifizierungsschiffe am Liegeplatz 12 nebeneinanderliegen, wie Stephan Knabe von Regas sagt. Und von dort aus wird das Gas über eine Verbindungsleitung geführt, die nach Lubmin führt. Gerechnet werde je nach Größe der Schiffe etwa alle vier Tage mit einem Tanker, „der eben in den Hafen von Mukran direkt einläuft und an diese Regasifizierungsschiffe längsseits anlegt und seine Ladung überträgt und danach den Hafen ganz normal wieder verlässt“.

Zitat-Text:

**”Ich lehne es grundsätzlich ab, es ist ein Eingriff in die Natur, den wir nicht hinnehmen können.”
- Maik Peltzer aus Sellin**

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 09.10.2023 | S. 6

📄 Auflage: 25.373 | Reichweite: 79.409

👤 Juliane Lange

PUTIN-ANKÜNDIGUNG

Gaslieferung über Nord Stream 2? „Putin spielt sein Spiel“

Das Angebot des Kremlchefs empfinden viele Leser als „Erpressung“

Russlands Präsident Wladimir Putin ist angeblich bereit, Deutschland 27 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr durch den intakten Teil der Pipeline Nord Stream 2 zu liefern. Das behauptete der Kremlchef unlängst auf dem internationalen Waldai-Diskussionsforum in Sotschi. OZ-Leser debattieren daraufhin über politische Strategien, hohe Energiepreise und Abhängigkeiten.

Andre Sczorbit begrüßt das Angebot: „Gut, dann brauchen wir nicht das umweltschädliche Fracking-Gas mit Schweröl-Tankern importieren und schützen die Umwelt.“ Heinrich Letzing zeigt sich vor allem skeptisch: „Er möchte wieder spalten?“

Matti Jensen wundert es, dass immer noch russisches Gas durch die Ukraine in Richtung Westen geleitet wird. „Wer sind die Abnehmer und warum wird die Pipeline nicht von der Ukraine zerstört? Ist den Ukrainern das Geld der Russen letztendlich doch mehr wert als die Freiheit?“

Marlon Lepiage ist der Meinung: „Und das alles wird ihm nichts nutzen. Die EU ist einig wie nie zuvor. Die Nato ist einig wie nie zuvor. Und wenn die EU ihre Ener-

gieversorgung komplett umgestellt hat, kann sich Putin sein Gas auf alle Zeiten sonst wohin schieben.“

Christian Feiger sagt: „Der spielt sein Spiel, und es scheint ihm auch noch Spaß zu machen.“

Daniel Gold hält fest: „Klar will Putin uns Gas liefern. Irgendwoher muss er ja das Geld bekommen, damit Russland nicht komplett gegen die Wand fährt. Und da hätte er lieber deutsches Geld, statt mit China zu handeln.“

Mathis Feldmann ist sicher, dass Putin den Versuch unternehme „uns mit dem Gas zu erpressen, damit seine Armee weiter Gräueltaten in der Ukraine verüben kann.“ Europa dürfe das nicht zulassen. „Nord Stream 2 darf niemals wieder ans Netz gehen, das können wir unseren osteuropäischen Partnern nicht erklären.“

Thomas Moser sagt noch: Klingt verlockend, angesichts der Preise für Energie, „aber nein danke! Wir brauchen verlässliche Lieferanten, die ihr Produkt nicht zur Erpressung nutzen und mit den Einnahmen daraus, unserem Geld, Europa nicht überfallen.“

„Wir haben es mit langen Zeiträumen zu tun“

Neue Chefin der Zwischenlager spricht über Probleme mit radioaktivem Müll und den Standort Brokdorf

Bettina Hesse ist die neue Chefin der Atommüll-Zwischenlager in Deutschland. Damit ist sie auch für das Zwischenlager in Brokdorf zuständig. Im Interview spricht sie über die langwierige Aufgabe, das Kapitel Atomkraft abzuschließen.

Frau Hesse, Sie sind seit gut 100 Tagen Vorsitzende der Geschäftsführung der BGZ, also der Gesellschaft des Bundes, die die Zwischenlager für radioaktive Abfälle an den AKW-Standorten in Deutschland und hier in Brokdorf betreibt. Was reizt Sie an dieser Position?

Das Thema hat mich spätestens seit meiner Zeit beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) gepackt, und ich will mich weiter aktiv im Bereich der nuklearen Entsorgung einbringen. Beim BASE lagen die Schwerpunkte bei der Begleitung der Verfahren in der nuklearen Sicherheit und der damit zusammenhängenden Projekte im Sinne der Aufsicht sowie Genehmigung. Ich wollte gerne in das operative Geschäft wechseln. Vom Schreibtisch an die Werkbank sozusagen. Auch und gerade weil wir in Deutschland aus der Atomkraft ausgestiegen sind, gibt es weiterhin viel zu tun. Hier eine aktive Rolle zu spielen, halte ich für eine verantwortungsvolle und spannende Aufgabe.

Man sagt: Neue Besen kehren gut. Der Umgang mit Menschen hat in Ihrer Vita einen besonderen Stellenwert. Gibt es schon etwas, worauf Sie in der BGZ Ihre Schwerpunkte legen möchten?

Wir sind ein Unternehmen mit aktuell 19 Standorten, an denen gut 600 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt sind, Tendenz steigend. Wir betreiben 17 Zwischenlager, Essen und Berlin sind Bürostandorte. Für mich ist, gerade bei einem jungen und so dezentral aufgestellten Unternehmen wie der BGZ, das Thema Organisationsentwicklung von zentraler Bedeutung. Unter anderem meine ich damit die Anpassung an Herausforderungen der modernen Arbeits- und Lebenswelt, mit einem Schwerpunkt auf der digitalen Transformation.

Was schwebt Ihnen da vor?

Wir müssen dafür sorgen, dass die BGZ als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird. Das wird aber alleine nicht ausreichen. Da wir mit dem Thema Fachkräftemangel nicht alleine sind, kann ich mir hier gut eine Zusammenarbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildung mit anderen Institutionen im Umfeld der nuklearen Sicherheit vorstellen.

Richten wir den Blick auf die aktuelle Situation. Wie beurteilen Sie die Herausforderungen, vor denen die Branche steht?

Wir werden es mit langen Zeiträumen zu tun haben, bis alle atomaren Hinterlassenschaften in einem Endlager dauerhaft sicher verschlossen sind. Hier gilt es, den Fokus auf dieses Thema aufrechtzuerhalten. Wir sehen ja, dass sich nach dem Atomausstieg die Frage der Entsorgung der radioaktiven Abfälle in einem Spannungsfeld befindet. Die aktuelle Situation ist eine große Herausforderung, aber eben auch eine Chance zu zeigen, dass wir das Kapitel Atomkraft endgültig gemeinsam abschließen können.

Jüngst wurde bekannt, dass sich die Inbetriebnahme eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle deutlich verzögert. Das dürfte an den Zwischenlagerstandorten für Unmut gesorgt haben, oder?

Infolge des Verzugs bei der Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle nehmen die Herausforderungen für die Zwischenlagerung zu. Daraus ergibt sich ein erhöhtes Bedürfnis an Beteiligung, vor allem an unseren Standorten, denn die sind in erster Linie betroffen. Der „Atommüll“ wird länger an den bestehenden Standortkommunen verbleiben als geplant. Hier habe ich erste Gespräche geführt, beispielsweise mit den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen.

Wie sind Ihnen die Menschen an den Zwischen-

lagerstandorten begegnet? Wie ist Ihr bisheriger Eindruck?

Wir haben vor Ort bereits eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit etabliert. Darauf können wir gut aufbauen. Die Rückmeldung aus den Gesprächen ist klar: Wenn es jetzt deutlich mehr als 40 Jahre Zwischenlagerung werden, wollen die Kommunen im Prozess mitreden können und erwarten auch einen Ausgleich. Hier können wir unser gutes Netzwerk nutzen, um als Vermittler zu fungieren. Insgesamt gibt es zu allen Aspekten der verlängerten Zwischenlagerung vor Ort verständlicherweise ein hohes Informationsbedürfnis, dem wir Rechnung tragen werden.

Was heißt das denn genau?

Die BGZ hat seit ihrer Gründung 2017 die Notwendigkeit einer verlängerten Zwischenlagerung mit der Öffentlichkeit erörtert. Dazu hat es bereits etliche Dialogangebote vor Ort, aber auch überregional gegeben. Die daraus hervorgegangenen Impulse nehmen wir auf und binden sie in unsere Arbeit ein. Auf dieser Basis werden wir die neuen Zwischenlagereignis beantragen und dabei eine über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehende Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen.

Was tut sich derzeit am Standort Brokdorf?

Das Hauptaugenmerk liegt derzeit auf der Einlagerung der abgebrannten Brennelemente aus dem Kernkraftwerk. In den vergangenen Wochen haben wir gerade zwei weitere Castor-Behälter sicher auf die entsprechenden Stellplätze im Zwischenlager befördert. Daneben bereiten wir die Annahme der sieben Castor-Behälter aus Sellafeld vor. Die probeweise Kalthandhabung mit einem Leerbehälter planen wir derzeit für den Sommer 2024. Die Rückführung der Wiederaufarbeitungsabfälle, für die das Energieversorgungsunternehmen verantwortlich ist, könnte dann möglicherweise im Jahr 2026 stattfinden.

Wie geht es am Standort weiter?

Ein wichtiges Thema ist die Entkopplung des Zwischenlagers vom Kraftwerksbetrieb, die so genannte Autarkie. Schließlich wird das Zwischenlager noch lange, nachdem der Rückbau des Kernkraftwerkes abgeschlossen ist, in Betrieb sein. In diesem Zusammenhang planen wir die Errichtung eines eigenen Funktionsgebäudes auf dem Gelände. Der dreigeschossige Bau soll nach derzeitigem Planungsstand im Sommer 2027 bezugsfertig sein und wird die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BGZ sowie für Gutachter und Dienstleister weiter optimieren. Den aktuellen Planungsstand werden wir Donnerstag, 2. November, ab 18.30 Uhr im Rahmen einer öffentlichen Dialogveranstaltung im Hotel Sell in Brokdorf vorstellen.

Atomkraft wieder „in“: USA bauen Mini-AKW für Klimaneutralität – doch es gibt Probleme

Atomkraft wird in Deutschland nicht mehr gewonnen. In Ländern wie den USA wird Kernenergie dagegen wieder geschätzt. Eine innovative Methode wird derzeit vorangetrieben: SMR.

Atomkraft wird in Deutschland nicht mehr gewonnen. In Ländern wie den USA wird Kernenergie dagegen wieder geschätzt. Eine innovative Methode wird derzeit vorangetrieben: SMR.

Washington/München – Frankreich und weitere Industrienationen fordern eine Gleichstellung von Atomkraft mit erneuerbaren Energien. Auch die USA gehören zu jenen Ländern, in welchen die Energiegewinnung aus Uran wieder in den Fokus gerückt ist. Während in Deutschland die bestehenden AKW mittlerweile zum Erliegen gekommen sind und stattdessen (auch) Kernenergie aus dem Ausland bezogen wird, fand in den Vereinigten Staaten längst ein Umdenken statt.

Von US-Präsident Joe Biden und Teilen der US-Industrie wird Kernenergie seit geraumer Zeit als großer Dienst für die Umwelt gefeiert – mitunter dank Uran aus Russland. Das soll im Kampf gegen den Klimawandel die Abkehr von fossilen Brennstoffen beschleunigen. Mit Small Modular Reactors (SMR) wurde eine neue Methode auserkoren, vermeintlich kostengünstig und auch sicherer wieder auf Atomkraft setzen zu können. Der Grund: Sie sind deutlich kleiner und damit auch günstiger in der Herstellung.

Atomkraft: USA setzen auf Small Modular Reactors – Energiegewinnung der Zukunft?

Das Handelsblatt berichtet über ein Projekt des amerikanischen Chemiekonzerns DOW: Auf einem etwa 30 Hektar großen Komplex werden anhand aufwendiger Verfahren Kunststoff-Produkte aus verschiedenen Bereichen hergestellt, was enorme Energie benötigt. Aufgrund dessen wolle der US-Branchenführer künftig nahe Houston vier Mini-Atomkraftwerke errichten. Was hat es damit genau auf sich?

Laut Wikipedia wurden seit 2017 weltweit von verschiedenen Firmen rund 60 Konzepte für ein Mini-AKW

entwickelt, erste Ideen und Entwürfe reichen laut dem Bundesamt für die Sicherheit (BASE) der nuklearen Entsorgung sogar bis in die 1950er-Jahre zurück. Der Knackpunkt für die ambitionierten Pläne in Nordamerika: Obwohl Kernkraft auch Umweltschäden erzeugt (beispielsweise durch Uranabbau), handelt es sich bei Atomstrom nach US-Kriterien um „saubere“ Energie. Der Grund: niedrige CO₂-Emissionen.

Die angeblichen Vorteile von SMRs gegenüber konventionellen Atomkraftwerken:

- Die umstrittene Atomenergie rehabilitieren und Kritiker überzeugen, dass die Folgen im Falle eines Atomunfalls weitaus niedriger sind.
- Eine perfekte Kombination mit anderen erneuerbaren Energien wie Sonnen- und Windkraft und flexibel je nach Produktions- bzw. Nachfrageschwankungen schneller ab- bzw. zuschaltbar.
- Die kleinen Reaktoren lassen sich in einer Fabrik zusammenbauen und dann günstig an ihren Bestimmungsort liefern.
- SMR ermöglichen Skaleneffekte: Je mehr Mini-reaktoren gebaut werden, desto günstiger werden sie.
- Große Kühltürme gehören der Vergangenheit an, damit dürfen Reaktoren näher an bewohntem Gebiet stehen.
- SMR: USA treiben „grüne“ Kernenergie mit Subventionen voran

In Deutschland ist das Thema Mini-AKW nicht unbekannt: So hat die Technische Universität in München-Garching (TUM) einen Reaktor zum Zwecke der Neutronenforschung, der jedoch derzeit außer Betrieb ist.

In den USA handelt es sich um moderne und innovative Neubauten, die gleich von mehreren Herstellern vorangetrieben werden. Das kommt nicht von ungefähr: Die Fördergelder des US-Energieministeriums („Inflation Reduction Act“) spielen hierbei eine große Rolle und erzeugen mitunter finanzielle Sicherheit, aufgrund von Steuererleichterungen. Ambitionierte Unternehmen auf diesem Gebiet sind die NuScale Power Corporation oder auch X-Energy Reactor.

Mit Kernkraft werde man „den Standort auf einen Schlag CO2-frei machen können“, frohlockt Dow-Chef James Fitterling über das Projekt in Texas. Außerdem treibt Tech-Ikone Bill Gates seit Jahren die Entwicklung von Small Modular Reactors voran: Seine Firma TerraPower plant im US-Bundesstaat Wyoming die Errichtung eines neuartigen Mini-AKW.

Im Bereich SMR haben zuletzt offenbar enorme Technologiesprünge stattgefunden. Dr. Kathryn Huff, zuständige Direktorin für Atomenergie im US-Energieministerium erklärt in einer Pressemitteilung: „SMRs sind kein abstraktes Konzept mehr“, erläutert die Befürworterin von Nuklearenergie.

„Das ist Innovation vom Feinsten, und wir stehen hier in den USA erst am Anfang.“ - Dr. Kathryn Huff, zuständige Direktorin für Atomenergie im US-Energieministerium

In einem Gastvortrag an einer amerikanischen Universität ließ sie Anfang 2023 wissen: „Wenn wir bis 2035 zu 100 Prozent auf grüne Energie umsteigen wollen, brauchen wir dafür Kernenergie.“

Kleine Atomkraftwerke: Auch Mini-AKW sind teuer – Aspekt Sicherheit unklar

In der Realität gibt es jedoch gehörig Gegenwind für die flächendeckende Platzierung von Mini-AKW. Wind aus den Segeln der AKW-Optimisten nehmen mitunter Experten der Unternehmensberatung McKinsey: Sie rechnen vor, dass die SMRs aufgrund hoher Anschaffungs- und Betriebskosten gegenüber Energie aus erneuerbaren Quellen wie Sonne und Wind nicht wirklich billiger sind.

Das liegt mitunter daran, dass ein Modellprojekt von NuScale im Bundesstaat Idaho in Sachen Baukosten zuletzt deutlich explodiert ist: Statt 5,3 Milliarden US-Dollar verschlingt das „Carbon Free Power Project“ genannte SMR nun mindestens 9,3 Mrd. US-Dollar, erklärt n-tv. Der Hersteller rechtfertigt sich demnach mit „äußeren Einflüssen“ wie steigende Stahlpreise sowie Leitzinsen. Außerdem schrumpfte im Zuge dessen auch noch die anvisierte Leistungsfähigkeit von ursprünglich 600 auf 462 Megawatt, weil mit weniger Minireaktoren geplant wird. In der Konsequenz steigen die Energiekosten für Verbraucher offenbar drastisch, wenn das Mini-AKW in Betrieb geht.

Ein weiteres potenzielles Problem scheint die Unklarheit bezüglich Sicherheit. Denn auch hier geht es um Nuklearenergie und radioaktive Abfälle: Experte David Schlissel vom US-Energie- und Finanzinstitut (IEEFA) ließ in einem Gespräch mit dem TV-Sender wissen: „Es wird behauptet, dass sie sicherer sind. Aber sind sie wirklich so sicher und gut geschützt wie große Reaktoren? Vor Terroristen zum Beispiel?“ Auch die Beseitigung des Atommülls stellt Experten zufolge bei Mini-AKW eine große Herausforderung dar.